

## 1014 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP

# Bericht des Justizausschusses

### über den Antrag 1240/A(E) der Abgeordneten Mag. Ewald Stadler, Kolleginnen und Kollegen betreffend verbesserter Kampf gegen Wirtschaftskriminalität

Die Abgeordneten Mag. Ewald Stadler, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 09. Juli 2010 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Bereits am 29.01.2010 hat das BZÖ im Rahmen des Entschließungsantrages „Lehren aus der Krise“ bzw. Krisenprävention darauf hingewiesen, dass im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität diverse Verbesserungen notwendig sind.

So wurde damals die genaue statistische Erfassung von Straftaten, die dem Bereich der Wirtschaftskriminalität zuzuordnen sind, gefordert. Dies sollte gleichermaßen für die polizeilichen, staatsanwaltlichen und gerichtlichen Statistiken gelten, um einen ausreichenden Überblick über die Erledigung derartiger Fallkonstellationen zu erlangen. Weiters sollten die Mittel für Spezialstaatsanwaltschaften für den Bereich der Wirtschaftskriminalität erhöht werden, um den typischerweise rechtlich und tatsächlich sehr komplexen Fallkonstellationen besser Rechnung tragen zu können. Zur Begründung des damit verbundenen Mehraufwandes führte das BZÖ damals die überdurchschnittlich hohen Schäden, die im Bereich der Wirtschaftskriminalität verursacht werden, an.

In Hinblick auf diese Forderungen erscheinen diverse Äußerungen von Frau Bundesministerin Bandion-Ortner im Interview mit der Zeitung „Die Presse am Sonntag“ vom 04.07.2010 als späte, aber erfreuliche Erkenntnisse, den Bereich der Wirtschaftskriminalität verstärkt anzugehen. So erscheint beispielsweise die Idee von der Zusammenarbeit mit Wirtschafts-Experten als sinnvoller Schritt, um in Wirtschaftsstrafverfahren besser gerüstet zu sein.

Allerdings bedarf es dazu energischer Schritte, wofür insbesondere die Anzahl der Fälle, die aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität stammen, sowie die Gesamtsumme der damit verbundenen Schäden sprechen. Nicht ausreichend ist, dass tatsächlich lediglich 151 neue Planstellen im Justizressort entstanden sind, obwohl die Justizministerin noch im Jänner von 230 neuen Richtern und Staatsanwälten sprach.“

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 23. November 2010 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Herbert **Scheibner** die Abgeordneten Dr. Johannes **Jarolim**, Mag. Albert **Steinhauser**, Anna **Franz**, Dr. Peter **Fichtenbauer**, Werner **Herbert**, Mag. Harald **Stefan**, Mag. Peter Michael **Ikrath**, Mag. Dr. Wolfgang **Zinggl**, Mag. Karin **Hakl** und Hannes **Fazekas** sowie die Bundesministerin für Justiz Mag. Claudia **Bandion-Ortner**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Berichterstatterin für das Plenum wurde Abgeordnete Anna **Franz** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Justizausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2010 11 23

**Anna Franz**  
Berichterstatlerin

**Mag. Heribert Donnerbauer**  
Obmann